

Protokoll Nr. 06 vom 09. September 2020

Vorsitz	Norbert Senn, Grossratspräsident, Romanshorn
Protokoll	Johanna Pilat, Parlamentsdienste (Traktandum 1) Jacqueline Martinelli, Parlamentsdienste (Traktandum 2)
Anwesend	124 Mitglieder
Beschlussfähigkeit	Der Rat ist beschlussfähig.
Ort	Rüegerholzhalle Frauenfeld
Zeit	09.30 Uhr bis 11.30 Uhr

Tagesordnung

1. Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Maja Bodenmann vom 8. Mai 2019 "Bericht betreffend einer Demografie-Strategie im Kanton Thurgau" (16/AN 15/370)
Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung Seite 3
2. Interpellation von Daniel Vetterli, Urs Schrepfer und Andreas Wirth vom 30. September 2019 "Knaben an der Volksschule Thurgau im Abseits?" (16/IN 48/421)
Beantwortung Seite 12
3. Interpellation von Andrea Vonlanthen, Aline Indergand und Hermann Lei vom 30. September 2019 "Feminisierung der PH und der Volksschule" (16/IN 49/422)
Beantwortung Seite --
4. Interpellation von Kurt Egger, Peter Bühler, Hansjörg Haller, Stefan Leuthold und Sonja Wiesmann vom 8. Mai 2019 "Nachhaltig Investieren" (16/IN 45/371)
Beantwortung Seite --

Erledigte

Traktanden: 1 und 2

Entschuldigt Bartel Ruedi, Balterswil
 Engeli Brigitta, Kreuzlingen
 Eugster Daniel, Freidorf
 Eugster Franz, Bischofszell
 Scherrer Egon, Egnach
 Thalmann Thomas, Güttingen

Vorzeitig weggegangen:

11.05 Uhr Schmid Pascal, Weinfeldern

Präsident: Ich stelle die heutige Tagesordnung zur Diskussion. **Stillschweigend genehmigt.**

1. Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Maja Bodenmann vom 8. Mai 2019 "Bericht betreffend einer Demografie-Strategie im Kanton Thurgau" (16/AN 15/370)

Beantwortung

Präsident: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort hat zuerst die Antragstellerin.

Diskussion

Bodenmann, CVP/EVP: Wie der "Thurgauer Zeitung" zu entnehmen war, bin ich mit der Beantwortung des Regierungsrates nicht unzufrieden. Weshalb ich an meinem Antrag festhalte, erläutere ich nun gerne, und ich hoffe natürlich, auch die Skeptiker mit meinen gewichtigen Argumenten überzeugen zu können. Wie der Regierungsrat in seiner Beantwortung schreibt, werde der demografische Wandel in seinen Richtlinien 2020 - 2024 als eine zentrale Herausforderung genannt. Zur Bewältigung steht dem Regierungsrat umfangreiches Datenmaterial der Dienststelle für Statistik zur Verfügung. Der Regierungsrat ist mit mir einig, dass für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel detaillierte Analysen und Prognosen nötig sind. Im Anschluss an die alle fünf Jahre vorliegenden nationalen Bevölkerungsszenarien beabsichtigt der Regierungsrat, kantonale kleinräumige Bevölkerungsszenarien auszuarbeiten. Die Veröffentlichung der Ergebnisse des laufenden kleinräumigen Bevölkerungsszenariums ist für Mitte 2021 vorgesehen. So weit, so gut. Es ist wichtig, sich innerhalb der Kantonsverwaltung prospektiv mit den demografischen Herausforderungen auseinander zu setzen. Auch darin ist der Regierungsrat mit mir einig. Er ist der Ansicht, dass dies schon heute geschehe, was ich auf keinen Fall bezweifeln möchte. Nur, in welchem Ausmass findet die Auseinandersetzung auch in der Zusammenarbeit zwischen den Departementen und Ämtern statt? Denn der Regierungsrat gesteht, dass der Umgang mit bereichsübergreifenden Auswirkungen noch Potenzial berge und die Entwicklung in der departements- und ämterübergreifenden Zusammenarbeit stattfinden müsse. Der Kanton Schaffhausen hat seit zwei Jahren einen Bericht "Demografiestrategie Kanton Schaffhausen" und damit vier strategische Stossrichtungen im Hinblick auf den demografischen Wandel identifiziert: 1. einen bedarfsgerechten Arbeitskräftepool erhalten, 2. Lebensqualität und Autonomie im Alter mit wohnortnahen Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen sowie differenzierten Wohnformen unterstützen, 3. die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung auf demografische Entwicklungen und Bedürfnisse abstimmen sowie 4. das Bildungswesen auf eine zunehmend heterogene Bevölkerung ausrichten. Innerhalb dieser Schwerpunkte formuliert der Bericht insgesamt 28 Massnahmen. Es ist uns allen bestimmt klar, dass diese Handlungsfelder, aber vor allem auch

die Massnahmen nicht eins zu eins auf unseren Kanton übertragen werden können. Im Bericht der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen vom 16. Juni 2018 ist weiter zu lesen, dass der Regierungsrat klar der Meinung ist, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen, sondern deutlich intensiviert werden müssen, weil eine frühzeitige Reaktion auf die demografische Entwicklung für die Zukunftsfähigkeit des Kantons zentral sei. Es scheint mir sehr wichtig, dass wir vorausschauend wirken, längerfristig und nachhaltig planen, und zwar mit einer ganzheitlich vernetzten Anschauung. Eine intensivere Bündelung und vertiefere Auswertung der Daten sowie eine weitere Sensibilisierung und Vernetzung der Herausforderungen und Aufgaben der Departemente und Ämter könnte meiner Meinung nach zu vermehrtem Nutzen von Synergien führen. Ich bin mir sicher, dass die aus einem allfälligen Bericht konkret resultierenden Massnahmen ein sehr gutes Werkzeug für den Regierungsrat und den Grossen Rat wären, um die Zukunft unseres Kantons mit ihren demografischen Entwicklungen gemeinsam erfolgreich zu meistern. Meines Erachtens könnten ausserdem die durch die Erstellung eines Berichts entstehenden Kosten durch zukunftsorientiertes Handeln später eingespart werden. Durch eine lenkende Einflussnahme, wie optimale Voraussetzungen und Grundlagen schaffen, können wir rechtzeitig Verantwortung übernehmen. Eben: agieren statt reagieren. Ich hoffe sehr, dass der Grosse Rat meinen Antrag unterstützt und damit heute die Chance für die Zukunftsgestaltung unseres Kantons nutzt.

Wüst, EDU: Die EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die umfangreiche Beantwortung des Antrages. Die Kenntnisse über die Demografie beziehungsweise die Bevölkerungswissenschaft werden immer wichtiger. Wir sehen dies gleich wie die Antragstellerin. Das erklärt auch der Regierungsrat, der im vielschichtigen Datenschwungel das Thema der Demografie im Auge behalten will. Der Bund erstellt durch das Bundesamt für Statistik alle fünf Jahre eine demografische Prognose für die Schweiz und die Kantone. Die Zahlen werden schon heute auf die Regionen im Kanton heruntergebrochen und mit eigenen Daten ergänzt. Der Regierungsrat hat zugesagt, dass er sich dem wichtigen Thema vermehrt widmen will. Dass die Demografie-Daten in der Verwaltung für die Personalplanung eingesetzt werden, erstaunt nicht. Das ist völlig normal. Wir danken dem Regierungsrat und der Verwaltung für ihre sehr gute Arbeit. Machen Sie weiter so. Die EDU-Fraktion ist einstimmig für Nichterheblicherklärung des Antrages.

Ammann, GLP: Wir bedanken uns bei der Antragstellerin für den Vorstoss und beim Regierungsrat für die kurze Beantwortung. Analog sehen auch wir keine Notwendigkeit für die Erstellung eines Berichtes. Die Empfehlung des Regierungsrates, auf einen weiteren Bericht zu verzichten, ist gut begründet. Die entsprechende Dienststelle für Statistik bricht die alle fünf Jahre neu erhobenen nationalen Daten auf die kleinräumigere Struktur unseres Kantons herunter. Die detaillierten kantonalen Daten sind jeweils ein Jahr später erhältlich. Somit braucht es keinen weiteren Bericht. Wir sind gut aufgestellt. Dennoch sind

wir froh über den Antrag, da er aufzeigen kann, was aus Sicht der GLP notwendig ist: kein Bericht über die Demografie-Strategie, sondern konsequent weitere Schritte im Bereich einer kantonalen und kommunalen Digitalisierungs-Strategie. Für die Datenanalyse sind in Zukunft weniger statische Berichte, als vielmehr die Verknüpfung erfasster Datenbestände gefragt. Das erlaubt eine kosteneffiziente Synergienutzung und dynamische rasche Interpretationen jeglicher Entwicklungen. Idealerweise schliessen sich mehr Gemeinden über kurz oder lang zwecks einer Synergienutzung einem solchen Projekt an. Eine schweizweite oder kantonale Digitalisierungsplattform ist keine Utopie, sondern eine notwendige Mission. Hier gibt es aber noch viel "Umsetzungsluft" nach oben. Die Digitalisierung ist ein grünliberales Kernanliegen. Die GLP fordert denn auch unter dem Titel "Erfolgsprojekt 17" auf nationaler Ebene eine schweizweite IT- und Datenstrategie. Der Kanton Thurgau kann hier mit privaten oder im Verbund geschaffenen Initiativen, wie "Smarter Thurgau" oder "DigiCampus", die eigene Digitalisierung auch als Standortvorteil vorantreiben. Es ist das Ziel, bereits erhobene Daten miteinander zu verbinden und zu vernetzen, sprich die kantonale Datenbasis von zentral relevanten Datensätzen so zur Verfügung zu stellen, damit Analysen für kantonale Ämter, kommunale Gebilde, aber auch für die eigenen Daten ermöglicht werden, und diese dem jeweiligen Bürger oder Unternehmen sowie der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen. Wir wissen, dass genügend Daten vorhanden, aber nicht vernetzt, dadurch teuer und bei Mehrfacherfassung fehleranfällig sind. Ein toller und sinnvoller "Service Public" versucht, dies zu vermeiden. Die Daten könnten für eigene Zwecke von den Behörden genutzt, anonymisiert und datenschutzkonform Dritten überlassen werden. Die Interpretation und Analyse der Daten muss dann nicht mehr von qualitativ guten, aufwendigen, aber auch rasch veralteten Verwaltungsberichten, wie den mit dem Antrag verlangten Bericht, abhängen, sondern sie dürfte ganz neue Berufsfelder, wie beispielsweise "Big Data Analysten", hervorbringen. Der Staat muss nicht alles machen, die Plattform und den Datenschutz aber gewährleisten. Wir tun gut daran, dabei die Datenhoheit der eigenen Datensätze beim Bürger sicherzustellen und auch dafür zu sorgen, dass der digitale Transformationsprozess in den Verwaltungsprozessen voranschreitet. Die GLP will die Chancen der Digitalisierung gerade auch in der Verwaltung stärker nutzen. Unsere Fraktion lehnt den Antrag unter Berücksichtigung der Beantwortung des Regierungsrates einstimmig ab. Wir würden uns aber freuen, in wenigen Jahren laufend aktualisierte dynamische Demografie-Strategien für kleinräumige Strukturen selbst interpretieren zu können.

Dätwyler Weber, SP: Ich spreche im Namen der SP-Fraktion. Ich gebe dem Regierungsrat recht, wenn er in seiner Stellungnahme schreibt, dass wir bezüglich Demografie über genügend Zahlen, Fakten und Prognoseberechnungen verfügten. Die Daten sind gut zugänglich, verständlich aufbereitet und für jedermann sichtbar. Wichtig ist jedoch, was wir mit den vielen Daten machen. Wie bereiten wir sie auf und nutzen sie proaktiv für die Entwicklung unseres Kantons? Ich unterstütze das Anliegen der Antragstellerin, dass wir

abgestimmte Handlungsfelder für die kantonale Verwaltung und auch für die Gemeinden definieren, planen und umsetzen sollten. Nur mit viel Koordination und gegenseitigem Unterstützen werden wir der demografischen Entwicklung nicht unbedarft entgegentreten, sondern gezielt und gewollt reagieren können. Hilfreich wäre es, wenn es konkretere Angaben gäbe, wie die einzelnen Ämter, beispielsweise mit welchen Schwerpunkten, auf die Szenarien reagieren wollen, wie genau die ämterübergreifende Zusammenarbeit angegangen werden soll und welche verbindlichen Handlungsfelder sich für die nahe Zukunft abzeichnen. Der Kanton darf ruhig die bereits definierten konkreten Massnahmen kommunizieren und sagen, wie er dem demografischen Wandel begegnen will. Weitere Massnahmen sind aber sicherlich erforderlich. Ein neues Altersbild, geprägt von einer Ressourcensicht, Lebendigkeit und einer generationenverbindenden Verantwortlichkeit, sollte dabei ein zentraler Punkt sein. Dieses Bild muss auch zu den Gemeinden transferiert werden, im Wissen darum, dass die Gemeindeförderung hier ein zentraler Punkt sein wird. Wir haben bereits deutlich mehr ältere Menschen und weniger 20- bis 39-Jährige. Das heisst, dass der Anteil der Personen im Erwerbsalter ab-, die Belastung dieser Personen aber immer mehr zunimmt. Alterung betrifft alle Bezirke. Deshalb unterstützt die grosse Mehrheit der SP-Fraktion den Antrag.

Bühler, CVP/EVP: Es ist hochinteressant, der bisherigen Diskussion über den Antrag meiner Fraktionskollegin Maja Bodenmann zuzuhören. Ich vertrete, man kann es unschwer erkennen, die CVP/EVP-Fraktion. Wir unterstützen den Antrag einstimmig. Die ehemalige britische Premierministerin Margreth Thatcher sagte einmal: "Wenn Sie in der Politik etwas gesagt haben wollen, wenden Sie sich an einen Mann. Wenn Sie etwas getan haben wollen, wenden Sie sich an eine Frau." In diesem Fall an Kantonsrätin Maja Bodenmann. Der Regierungsrat schreibt in "3. Fazit" in seiner Beantwortung: "Aus diesen Ausführungen wird ersichtlich, dass dem Antrag betreffend Analyse und Prognose bereits weitestgehend Rechnung getragen wird." 2021 werden aufgrund des Regierungsratsbeschlusses vom 2. Juni 2020 Ergebnisse vorliegen. Wie wir wissen, ist der Auftrag bereits an die zuständige Dienststelle für Statistik erfolgt. Das ist doch fantastisch: eine Auftragsvergabe an die Verwaltung, bevor der Grosse Rat einen Antrag durchwinkt. Dieses Tempo nenne ich "weltmeisterlich". Ratskollegin Maja Bodenmann rennt offene Türen ein. So soll es sein. Weshalb ist der Regierungsrat aber derart defensiv? Weshalb sieht er keine Notwendigkeit, die bereits erteilten Aufträge in einen Bericht zu fassen, welcher nicht nur der Verwaltung, sondern auch dem Grossen Rat zugutekommt? Wer sagt, dass es ein statischer Bericht sein muss? Weshalb soll kein Bericht verlangt werden, der dynamisch aufgebaut ist und dauernd ergänzt werden kann? Die GLP-Fraktion findet unseren Antrag eigentlich gut, aber sie unterstützt ihn nicht, was ich in der Logik nicht ganz nachvollziehen kann. Es wird ein Bericht verlangt, der dank eines Antrages noch etwas tiefer analysieren kann, noch breiter abgefasst und in verschiedenen Bereichen vertieft wird. Er kann uns alle informie-

ren sowie die gesamte Thematik und nicht nur einen einfachen Verwaltungsauftrag umsetzen, sondern effektiv "publik" gehen. Er gewinnt damit mit sehr geringen Zusatz- und Administrativkosten, da die Auftragsvergabe bereits erfolgt ist, an Breite. Mit einem solchen Bericht können wir dynamisch abgefasste zukünftige Entscheide, Vorstösse oder politische Initiativen aus einem Blickwinkel der demografischen Veränderungen auf das Tapet bringen. Das müsste es uns allen doch wert sein oder etwa nicht? Ich möchte dem Regierungsrat nicht nur für seine Beantwortung danken, sondern auch für die bereits erteilte Auftragsvergabe. Ich möchte die Mitglieder des Grossen Rates aber auch auffordern, nicht kleinlich auf einen breiten Bericht zur Situation der Demografie im Thurgau zu verzichten. Wenn ohnehin daran gearbeitet wird, ist es umso relevanter, die Synergien dieser Arbeit gleich doppelt zu nutzen, und zwar für uns als notwendiges Informationsinstrument und für die Verwaltung als Ansatzpunkt für zukünftige Planungen und Verbesserungen. Ich danke allen für die Unterstützung des Antrages.

Salvisberg, SVP: Ich spreche als Vertreter der grossen Mehrheit der SVP-Fraktion. Wir bedanken uns beim Regierungsrat für die sehr präzise Beantwortung der Fragen und die Hinweise zum Antrag. Die demografische Entwicklung berührt und verändert grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Eine frühzeitige Reaktion auf die demografische Entwicklung ist somit ein zentrales Element, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Prosperität im Kanton Thurgau auch in Zukunft zu gewährleisten. Nach Meinung der SVP-Fraktion beinhaltet die Beantwortung des Regierungsrates alle wesentlichen Gründe, weshalb ein zusätzlicher Bericht betreffend eine Demografie-Strategie im Kanton Thurgau nicht notwendig ist. Wir unterstützen die Darstellung des Regierungsrates und sehen deshalb keine Notwendigkeit für einen zusätzlichen Bericht, auch wenn das Thema sehr wichtig ist, zumal die Erarbeitung einen erheblichen Mehraufwand auslösen würde. Natürlich gibt es verschiedene Beratungsbüros, die einen solchen Auftrag gerne in Empfang nehmen würden. Wir sind mit dem vorgesehenen Zeitplan zur Erarbeitung einer Analyse und Prognose bis Mitte 2021 einverstanden. Den Termin legen wir auf die Waagschale. Bekanntlich erhielt die Dienststelle für Statistik mit Regierungsratsbeschluss Nr. 370 vom 2. Juni 2020 den Auftrag, kleinräumige Bevölkerungsszenarien für die Jahre 2020 bis 2040 zu entwickeln. Ebenso dienen die kleinräumigen Bevölkerungsszenarien nach der Veröffentlichung den Gemeinden und allen betroffenen Verwaltungseinheiten des Kantons als Hilfestellung, auf deren Basis Prognosen und Handlungsfelder für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich erstellt werden, also auch für den Grossen Rat. Aus den dargelegten Gründen empfehlen wir, den Antrag nicht erheblich zu erklären. Wir können uns bereits heute auf die Analyse und Prognose bis Mitte 2021 freuen.

Pfiffner Müller, FDP: Ich spreche als Fraktionssprecherin der FDP. Bekanntlich verläuft

die demografische Entwicklung seit einiger Zeit nicht mehr tannenförmig. Sie hat zwischenzeitlich die Form eines "Döners" eingenommen. Was hier etwas lustig tönen mag, ist in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft mit Herausforderungen verbunden. Die Menschen werden immer älter und jene, die älter werden, leben immer länger. Zudem sind die Vorstellungen des Alterns individueller denn je. Ich komme nochmals zurück auf den "Döner". Schmeckt er Ihnen auch dann am besten, wenn alle dazu notwendigen Zutaten in der richtigen Menge zum richtigen Zeitpunkt zur Verfügung stehen? Stellen Sie sich vor, es würde die feine und nicht ganz kalorienarme Cocktailsauce fehlen. Genauso verhält es sich mit den derzeitigen Plandaten. Sie sind zwar da, aber nicht mehr frisch, und die frischen Zutaten, die jetzt folgen, sind nicht mundgerecht zugeschnitten. Da braucht es noch ein paar Arbeitsschritte in der Küche. Wie man sieht, handelt es sich um einen dynamischen Prozess. Zu den Fakten: Der Bund beliefert die Kantone alle fünf Jahre auf gesamtschweizerischer und kantonaler Ebene mit Bevölkerungsszenarien. Bei uns werden kleinräumige Bevölkerungsszenarien im Jahr 2021 vorliegen. Diese decken aber nur einen Teil unserer Bedürfnisse ab. Die Nachfrage an Daten nimmt zu, Covid hat dies deutlich aufgezeigt, und es zeigt nochmals, dass es sich um einen hoch dynamischen Prozess handelt. Ich gehe davon aus, dass diese kantonalen und kommunalen Bevölkerungsszenarien, aber auch weitere Daten durch die zuständigen Ämter laufend den heutigen Anforderungen entsprechend aufbereitet werden. Ich rechne damit, dass damit eine passende Grundlage für die Planung der staatlichen Leistungen und Einnahmen der Zukunft geschaffen wird. Sollte der dazu notwendige Blick von aussen fehlen, kann immer noch punktuell Fachwissen eingekauft werden. Wie man merkt, kann ich mich für eine Demografie-Strategie nicht wirklich erwärmen. Nicht etwa, weil ich am Instrument einer Strategie zweifle, sondern viel mehr, weil viele Daten bereits vorliegen und diese wie erwähnt einem dynamischen Prozess unterliegen. Eine Demografie-Strategie ist hingegen eine statische Darstellung mit Datum X. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Daten gut koordiniert, sinnvoll aufbereitet und mit längerfristigen Prognosen versehen werden. Ich traue es unserem Regierungsrat zu, dass er diese wichtige Aufgabe in diesem zentralen Thema weiterhin fokussiert wahrnimmt und die Umsetzung der erteilten Aufträge zügig realisiert. Genau deshalb möchte gerne auf vier Punkte eingehen, die mir in der Beantwortung des Regierungsrates aufgefallen sind: Selbstkritisch betont der Regierungsrat, dass die demografische Entwicklung zwar in allen strategischen Dokumenten berücksichtigt wurde. In der ämterübergreifenden Zusammenarbeit sieht er aber noch Potenzial. Hier fehlen mir konkrete Anhaltspunkte, wie die Silos aufgebrochen werden können. Was nützen uns gute Plandaten, wenn die Ämter untereinander zu wenig kommunizieren? In die Erarbeitung der Szenarien werden zudem zahlreiche Dienststellen eingebunden. Weshalb fehlt die Sozialversicherungsanstalt in der Aufzählung? Der Bund und die Kantone stellen weiter fest, dass die Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen eine Herausforderung darstellen. Auch hier stelle ich die Frage, wie der Regierungsrat gedenkt,

vorzugehen. Auch die Gemeinden haben einen wichtigen Versorgungsauftrag in der Betreuung und Pflege älterer Menschen. Ziel muss es daher sein, für die Gemeinden gute Prognosezahlen bis mindestens ins Jahr 2040 zur Verfügung zu stellen. Die FDP-Fraktion teilt die Auffassung der Antragstellerin, dass gute Plandaten mit weitreichenden Prognosen wichtig sind. Eine frühzeitige Reaktion auf die demografische Entwicklung ist für die Zukunftsfähigkeit des Kantons zentral. Die FDP-Fraktion macht sich aber mehrheitlich dafür stark, den Antrag nicht erheblich zu erklären, da die Erstellung einer Demografie-Strategie doch mit beträchtlichem Aufwand verbunden ist und die Daten zum Zeitpunkt X abbildet. Wir sind der Auffassung, dass genügend Berichte und Daten vorliegen, diese aber den aktuellen Anforderungen angepasst werden müssen. Wir knüpfen daran Erwartungen und fordern den Regierungsrat auf, die ämterübergreifende Zusammenarbeit, Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen sowie weitreichende Plandaten für die Gemeinden in einem verbindlichen Fahrplan und mit hoher Priorität zu bearbeiten.

Mathis Müller, GP: Die Auseinandersetzung mit der Demografie der Bevölkerung, also der Zusammensetzung der Altersklassen und deren Entwicklung in der Zukunft, ist für viele Fragestellungen der Volkswirtschaft, unter anderem der Bildungspolitik, der Wirtschaft und dem Rentenalter entscheidend. Ebenfalls von grosser Bedeutung ist deren Analyse, beispielsweise auch bezüglich der ausländischen Bevölkerungsgruppe, in der Schweiz wie im Thurgau, auch jener Ausländer, die nicht Deutsch als Muttersprache haben. So können frühzeitig Integrationsmassnahmen geplant werden. Dies ist nur ein Beispiel für die Bedeutung einer Demografie-Strategie des Kantons. Die Dienststelle für Statistik des Kantons Thurgau wie auch das Bundesamt für Statistik weisen sehr detaillierte Darstellungen und Abhandlungen zur Demografie auf. Insbesondere die in der Beantwortung des Regierungsrates angegebenen Berichte, die fünfjährigen Bevölkerungsszenarien des Bundes und die abgeleiteten Berichte 2012 und 2017 der regionalen Entwicklung der Demografie des Kantons überzeugen. Mit Ausnahme der bereichsübergreifenden Auswirkungen sind kaum Lücken vorhanden. Der diesbezüglichen Zusammenarbeit zwischen den Departementen soll vermehrt Beachtung geschenkt werden. Dies soll im nächsten Jahr in einem erweiterten Bericht über die Demografie der kleinräumigen Bevölkerungsszenarien für den Kanton Thurgau und seiner Regionen oder sogar Gemeinden berücksichtigt werden. Die Grüne Fraktion dankt der Antragstellerin für ihre berechtigte Anfrage sowie dem Regierungsrat für die unserer Meinung nach genügend detaillierte Beantwortung des Vorstosses. Die grosse Mehrheit der Grünen Fraktion wird den vorliegenden Antrag deshalb nicht erheblich erklären.

Regierungsrat **Martin:** Der Regierungsrat dankt für die spannende Diskussion. Es ist wertvoll, sich dem Thema vertieft anzunehmen. Der Bund hat entgegen des Wortlautes des

Antrages keine eigentliche Demografie-Strategie. Er verfügt über einen Demografiebericht, welcher auf ein Postulat aus dem Jahr 2013 zurückgeht. Der Bundesrat hat die Demografie-Strategie abgelehnt und stattdessen auf einen demografischen Bericht in den Bundesämtern verwiesen. Die Antragstellerin hat auf den Kanton Schaffhausen hingewiesen. Die Demografie-Strategie des Kantons Schaffhausen liegt mir vor. Darin ist sehr viel generisch. Es stellt sich die Frage, welches das Produkt sein soll, wenn man den Antrag erheblich erklärt. Soll es eine Abschrift der Schaffhauser Strategie sein, in welcher man Schaffhausen durch Thurgau ersetzt und geringfügige Anpassungen vornimmt? Dann wäre es nichts Ernsthaftes. Oder bräuchte es wirklich eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Materie? Meines Erachtens ist dies die Idee der Antragstellerin. Damit wären aber gewaltige Ressourcen verbunden. Ich erinnere daran, dass die Dienststelle für Statistik, welche nicht in meinem Departement, sondern in der Staatskanzlei angesiedelt ist, bereits heute sehr viel sehr gut und sehr gründlich macht. Ich bitte die Ratsmitglieder, einmal die Statistiken zur Bewältigung der COVID-19 anzuschauen. Es werden wöchentlich Berichte verfasst, die sehr detailliert und transparent sind und sehr gründlich erarbeitet werden. Der Aufwand dafür ist gross. Wenn der Bericht gewünscht wird, werden wir diesen erstellen, mit der Konsequenz, dass dies entweder mit hohen Beratungshonoraren, wie dies Kantonsrat Martin Salvisberg erwähnt hat, oder aber mit neuen Stellen verbunden wäre. Ich bin mir nicht sicher, ob dies der Grosse Rat gutheissen würde. Man kann keine Berichte verlangen, ohne die entsprechenden Ressourcen zu sprechen. Der erwähnte "Döner" ist in der ganzen Schweiz ersichtlich. Wie Kantonsrätin Martina Pfiffner Müller zu recht ausgeführt hat, würde ein solcher Antrag ein statisches und nicht dynamisches Produkt darstellen. Die Dienststelle für Statistik achtet darauf, jederzeit aktuell und transparent zu sein und die aktuellen Daten auch dynamisch weiterzuentwickeln. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Strategie der digitalen Verwaltung vorangetrieben werden müsse. Der Regierungsrat hat diese Notwendigkeit erkannt. Ich kann mitteilen, dass die Strategie der Öffentlichkeit im Rahmen der Medienkonferenz über das Budget in zwei Wochen vorgestellt werden wird. Der Regierungsrat hat auch hier den Handlungsbedarf erkannt. Ich bin ein Mann und keine Frau. Nichtsdestotrotz kann man mir nicht mangelnden Einsatz vorwerfen. Schliesslich habe ich den Antrag mitunterzeichnet. Bei genauem Studium habe ich aber festgestellt, dass es nicht so einfach ist, hier eine befriedigende Lösung zu finden. Umso mehr, weil der Regierungsrat bereits im Juni einen Bericht über die kleinräumigen Bevölkerungsszenarien in Auftrag gegeben hat, in welchem sehr viele relevante Ämter involviert sind. Der Regierungsrat empfiehlt daher, vorerst nichts zu unternehmen, zuzuwarten und die sehr gründlich erstellte Arbeit der Dienststelle für Statistik zu begutachten. Es ist derzeit nicht angezeigt, Berichte auf Vorrat zu produzieren. Namens des Regierungsrates bitte ich den Grossen Rat, den Antrag nicht erheblich zu erklären.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Der Antrag wird mit 82:34 Stimmen nicht erheblich erklärt.

2. Interpellation von Daniel Vetterli, Urs Schrepfer und Andreas Wirth vom 30. September 2019 "Knaben an der Volksschule Thurgau im Abseits?" (16/IN 48/421)

Beantwortung

Präsident: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten haben das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Vetterli, SVP: Die Interpellanten danken dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Fragen und **beantragen** Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Vetterli, SVP: Die Interpellanten greifen ein Thema auf, das nicht salonfähig ist und scheinbar nicht in die aktuellen Diskussionen um Gleichstellung passt. Kantonsrat Andreas Wirth präsidiert die grösste Schulgemeinde im Kanton Thurgau und Kantonsrat Urs Schrepfer ist Schulpräsident und Schulleiter. Bis vor drei Jahren war auch ich Schulpräsident und Schulleiter. Ich bin auch Lehrmeister. Viele der 40 Lehrlinge, die wir in unserem Betrieb ausgebildet haben, müssen sich nach einer schwierigen Schulzeit nun im Leben zurechtfinden. Viele von ihnen haben den Glauben daran verloren, dass sie dazu fähig sind, etwas zu lernen. Nein, die Interpellanten sind nicht zufrieden mit der Beantwortung des Regierungsrates. Wir fühlen uns negiert und nicht ernst genommen. Die Beantwortung enthält zu viele "man könnte" und zu viele blumige Erklärungsversuche, die den Fakten nicht gerecht werden. Gegenüber der "Thurgauer Zeitung" habe ich die Erwartung geäussert, dass sich beispielsweise die Pädagogische Hochschule Thurgau (PHTG), die sich mit Lehre, Forschung und Weiterbildung gerne ins Rampenlicht stellt, dem Thema annimmt und evaluiert, wie sich die neuen Lernformen auf die Bedürfnisse der Knaben und Mädchen auswirken. Regierungsrätin Monika Knill hat der SVP-Fraktion daraufhin erklärt, dass es sehr schwierig und kostspielig sei, einen solchen Auftrag zu vergeben. Ich habe diese Aussage zum Anlass genommen, die Forschung der PHTG unter die Lupe zu nehmen. Unter den 20 aktuellen und abgeschlossenen Forschungsprojekten betreffen die meisten Studien die Arbeitssituation der Lehrpersonen, die Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler der verschiedenen Schulstufen und die Situation von Kindern mit Fremdsprachen und Migrationshintergrund. Weshalb soll hier nicht auch die Wirkung von neuen Unterrichtsformen auf Mädchen und Jungen untersucht werden können? Was müssten die Interpellanten unternehmen, um in diesem Anliegen ernst genommen zu werden? Sollten wir heute wider Erwarten ernst genommen werden, ist das wahrscheinlich den Fachpersonen zu verdanken, die mit einem Schreiben an die Mitglieder des Grossen Rates gelangt sind. Vielleicht erreicht die unverhoffte Unterstützung durch Fachpersonen, die nicht im Bildungswesen verankert sind und die Entwicklung mit zunehmendem Unbeha-

gen beobachten, dass die Situation der Knaben an der Volksschule endlich ernst genommen wird. Ich hoffe es.

Madörin, EDU: Die EDU-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Als Vater von drei Knaben, von denen einer in der ersten und einer in der zweiten Klasse ist, bin ich direkt von diesem Thema betroffen. In den letzten Wochen und Tagen hatte ich sehr viel Gelegenheit, mich mit Schulpräsidenten, Schulleitern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern und Kindern auszutauschen. Allen habe ich dieselbe Frage gestellt: "Denken Sie, die Knaben werden in der Schule benachteiligt?" Die Antwort kam meist prompt: "Ja." Das erstaunte mich ein wenig und ich versuchte, der Sache auf den Grund zu gehen. Von den Lehrerinnen bekam ich oft die ehrliche Antwort, dass sie sich schwer tun, den Jungs in ihrer Klasse gerecht zu werden. Gerne würden sie das besser oder anders machen, oft fehlt ihnen aber das Verständnis, sowie das dringend benötigte Feingefühl im Umgang mit dem männlichen Geschlecht. Am Beispiel meines Sohnes Jonathan möchte ich aufzeigen, wie wichtig es ist, dass Jungs nicht einfach nur als störende Faktoren betrachtet werden. Denn oft steckt viel mehr in ihnen, als wir auf den ersten Blick erkennen können. Im ersten Kindergartenjahr hatte Jonathan eine Lehrperson, die ihn nicht verstanden hat und ihn "kategorisierte". Im zweiten Kindergartenjahr wurde diese Person glücklicherweise durch eine Lehrerin, die ihn verstand und auf ihn eingehen konnte, ersetzt. In diesem Moment löste sich bei Jonathan der "Knopf" und seine Lehrerin sah in ihm einen intelligenten Buben, der dann normal eingeschult wurde und sich jetzt bei einem hervorragenden Lehrer entfalten und entwickeln darf. Beim Elterngespräch im zweiten Kindergartenjahr war ich total überrascht, dass die Einführungsklasse nicht mehr zur Debatte stand. Denn nach dem Elterngespräch im ersten Kindergartenjahr hatte ich den Eindruck, dass Jonathan ganz bestimmt in die Einführungsklasse gehört. Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass es nicht erst beim Übertritt von der sechsten Klasse in die Sekundarschule heikel wird, sondern dass die Stigmatisierung bereits im Kindergarten beginnt und sich im schlechtesten Fall durch die ganze Schullaufbahn zieht. Knaben sind anders und lernen anders als Mädchen. Sie sind nicht weniger intelligent, aber das selbstständige, konzentrierte Arbeiten bereitet ihnen oft Mühe. Dazu kommt, dass sich die Selbstdisziplin bei Jungen oft erst nach der Pubertät entwickelt. Die Zielsetzung der Volksschule hat sich derart verändert, dass Knaben oft nicht mehr mithalten können. Einige Thurgauer Kinderärzte bestätigen, dass sie einer zunehmenden Anzahl von Knaben begegnen, die als Lern- und Schulverweigerer gelten. Die Kinderpsychologen und Kinderpsychiater sind ausgebucht. Die EDU-Fraktion fragt sich, ob und inwieweit diese Fachpersonen in den Schulen miteinbezogen werden. Mit dem Beispiel meines Sohnes im Hinterkopf, frage ich mich, wie viele Knaben, die als schwierig geltend von Schule zu Schule gingen, ihre Laufbahn anders und erfolgreicher hätten meistern können, wären sie verstanden worden und hätte man ihnen eine Art des Lernens angeboten, die ihrem Wesen entsprochen hätte. Das genannte Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, dass Knaben eine zweite und vielleicht auch

dritte und vierte Chance erhalten. Wir sollten genau beobachten, wohin uns diese Reise führt und alle Lehrpersonen, Eltern und Erziehungsberechtigten in ihren Bemühungen unterstützen, damit Knaben wieder Knaben sein dürfen, auch wenn sie nur eine halbe Stunde am Stück stillsitzen können.

Ammann, GLP: In einer Untersuchung des Kinderspitals Zürich sind sechs Faktoren aufgelistet, die zur Schwächung des Kindes beitragen. Nebst den für uns naheliegenden Komplikationen vor und nach der Geburt, chronische und genetische Krankheiten, wird ein Kind laut Studie auch durch ein schwieriges Temperament geschwächt, also durch den Umstand, dass es ein Knabe ist. Das macht stutzig und sollte nicht nur Kinderärzte und Pädagogen zum Nachdenken darüber bringen, ob Anpassungen im System reichen oder auch weitere pädagogische Konzepte zur Verfügung gestellt werden müssen. Die GLP-Fraktion ist davon überzeugt, dass, ganz unabhängig des Geschlechtes, nicht für alle das Gleiche gleich gut sein kann. Die GLP-Fraktion dankt deshalb den Interpellanten für die aufgeworfenen Fragen und dem Regierungsrat für die Beantwortung. Gemäss "Gauss'scher Normalverteilung" betreffend die Intelligenz der Schülerinnen und Schüler dürfte es in der Sekundarschule keine signifikanten Genderunterschiede in den Klassen des Typs G (grundlegende Anforderungen) und E (erweiterte Anforderungen) geben. Das ist aber nicht der Fall. Offenbar haben auch Faktoren wie Verhalten, Selbständigkeit, Selbstorganisiertes Lernen, Impulskontrolle, Ordnung halten und Fleiss einen Einfluss auf die Beurteilung und die Einteilung eines Kindes in eine Klasse Typ G oder E. Diese Fähigkeiten entwickeln viele Knaben aber oft erst nach der Pubertät. Das hat nichts mit dem Intelligentsquotient (IQ) oder den kognitiven Fähigkeiten von Knaben zu tun. Die Knaben werden dann oft unter dem Label "verhaltensauffällig" zur Abklärung in die Therapie geschickt. Wie die Praxis zeigt, fördert das derzeitige System Fähigkeiten, die eher Mädchen zugeschrieben werden. Das ist schön für die Mädchen, aber weniger gut für diejenigen, die damit Mühe haben. Das gegenwärtige System belastet viele Familien und produziert vor allem bei den Knaben zunehmend "Lern- und Schulverweigerer". Das Lernen kann übrigens gar nicht verweigert werden. Das Gehirn lernt immer. Aber man kann sich gegen die Form oder den Inhalt des Lernens sträuben. Und das ist hier der Fall. Die Kinderarztpraxen sind voll und die Pädagogen und die betroffenen Eltern sind besorgt. Es muss sich etwas ändern. Für die Zukunft braucht es mutiges und kritisches Hinterfragen und ein Denken und Handeln "outside the box". Was ist die Lösung? Die Beantwortung des Regierungsrates lässt dies offen. Geht es darum, mehr Knaben in die Typ E Klassen zu bringen oder andere Beurteilungskriterien einzuführen? Nach Ansicht der GLP-Fraktion sollte man sich Gedanken zur Systemvielfalt, statt zur Systemeinheit machen, sodass alle Knaben und Mädchen ihrer individuellen Entwicklung entsprechend gefördert werden können. Als Nebeneffekt würden damit auch mehr Knaben den Sprung ins Gymnasium schaffen. Ein weiterer Effekt wäre, dass die PHTG ihre Forschung allenfalls vermehrt auf andere Themen ausrichten darf. Was ist zu tun? Ein vielleicht mutiger, aber gangbarer Schritt

wäre, die Typen der Sekundarschule abzuschaffen. Diese an die Zeiten der Real- und Sekundarschule erinnernde Aufteilung ist gar nicht nötig und die Möglichkeit einer individuellen Förderung davon unabhängig. Weshalb wurden die Real- und Sekundarschule ursprünglich zusammengeführt? Wohl kaum, um stattdessen eine Einteilung in G und E zu etablieren. "Einmal G immer G", wie mir Eltern mitgeteilt haben. Anstatt die Stärken der Knaben zu fördern, werden sie ausgebremst. Die Auswirkungen auf ihre Lernmotivation und ihr Verhalten kennen wir mittlerweile. Das Resultat: volle Schularztpraxen und steigende Kosten. Muss der Kanton handeln? Hier gehen die Meinungen auseinander. Die GLP-Fraktion sagt dazu Ja. Es ist offensichtlich. Wir können es uns nicht leisten, dass junge Menschen auf der Strecke bleiben und in Sonderschulen oder Therapien gesteckt werden, anstatt sie zu fördern. Das Wort "Lerntherapie" ist sinnbildlich und zeigt, wo wir stehen: Wir therapieren, statt zu fördern. Eigentlich besteht in § 14 Absatz 3 des Gesetzes über die Volksschule (VG) die Möglichkeit, die Typisierung in E und G aufzuheben. Fünf von 47 Schulzentren im Kanton Thurgau arbeiten ohne diese Typengliederung. Letztlich braucht es ein massgeschneidertes Lernen. Ein Lernen, das bei zunehmend rascherem Wandel alle Schülerinnen und alle Schüler aller Geschlechter optimal fördert. Ein massgeschneidertes Lernen beinhaltet auch soziales Lernen in Stammgruppen und kollaborative Projekte. Idealerweise, und das überrascht vielleicht, braucht es auch eine Altersdurchmischung, da dies die Verantwortungsübernahme stärkt und das biologische Alter und die individuelle Entwicklungsreife in diesem Alter sowieso stark variieren. Die vorgegebenen, mit der Zeit wohl aber neuen Kerninhalte sollen weiterhin individuell in Niveau- und Leistungsgruppen erarbeitet werden. Auch soll im 21. Jahrhundert jedes Kind seinen Interessen nachgehen können, auch ausserhalb des Schullernstoffes. Da schlummern Potenziale und Talente. Im Übrigen bringen Einteilungen in Klassentypen wie E und G gemäss Studien von John Hattie einen Lernfortschritt. Das spricht dafür, die individuelle Förderung in Niveaugruppen beizubehalten. Es gilt aber auch zu bedenken, dass über 60 andere Faktoren einen grösseren Einfluss auf den schulischen Lernerfolg aufweisen als die Typisierung. Massgeschneidertes und personalisiertes Lernen sowie die Stärkung der Zusammenarbeit der sozialen Gruppen soll zunehmen. Was gilt es nun zu tun? Ein radikaler Umbau des Schulwesens? Pilotversuche? Das Bildungswesen ist ein derart grosser Tanker, dass eine radikale Kehrtwende wahrscheinlich keinen Sinn macht. Und angesichts der Umsetzung des Lehrplans 21 wären zuerst wohl noch andere Massnahmen angebracht. Natürlich lassen sich grosse Veränderungen im Bildungswesen nicht zwingend aufhalten. Die GLP-Fraktion sieht Handlungsbedarf und hat vier Vorschläge: 1. Die GLP-Fraktion bittet die Schulgemeinden, die Aufhebung der Typengliederung in G und E zu prüfen und andere, alle Schüler und Schülerinnen individuell fördernde Systeme einzuführen. 2. In Schulgemeinden, in denen dies nicht möglich ist, und dafür kann es viele Gründe geben, soll der Kanton den Übertritt in ein anderes System, vor allem für Schulverweigerer und Schulverweigerinnen, für die Knaben im Abseits und letztlich für alle, die in der vor-

handenen Konstellation nicht genügend gefördert werden können, vereinfachen. Dies entlastet die Eltern und die Lehrerschaft, nimmt Druck aus dem System und verringert erst noch die volkswirtschaftlichen Kosten. 3. Aus liberaler Sicht darf ein solcher Übertritt nicht wie bis anhin versteckt zwischen den Schulgemeinden abgewickelt werden. Ein Wechsel aufgrund eines kinder- und schulärztlichen Empfehlungsschreibens muss transparent gemacht werden und ein Übertritt klar trägerschaftsunabhängig, also auch in eine geeignete Privatschule oder zu anderen Anbietern möglich sein, ohne dass die Eltern die finanzielle Hauptlast alleine tragen müssen. 4. Alternativ erachtet es die GLP-Fraktion als angebracht, eine Ausschreibung für eine Leistungsvereinbarung zu tätigen, sodass Schulgemeinden, die ihr System aus den erwähnten Gründen nicht ändern wollen, alternativ zusätzlich ein passendes Modell für betroffene Schülerinnen und Schüler anbieten können. Die GLP-Fraktion ist der Überzeugung, dass Leistungsaufträge insbesondere mit Privaten sinnvoll sind. Aufgrund der geringen Menge an Schülern, die für eine solche Alternative in Frage kommt, hätten einige Schulgemeinden vielleicht sogar Interesse an einem solchen Leistungsauftrag. Sicherlich hat die Lehrerschaft, die unter der jetzigen Situation leidet, ein Interesse daran. Die GLP-Fraktion bedankt sich für das Aufzeigen der vielschichtigen Problematik, die nicht einfach zu lösen ist, und freut sich über rasche, bessere Lösungen für alle Schülerinnen und Schüler.

Dätwyler Weber, SP: Ich spreche im Namen der SP-Fraktion. Insgesamt kamen in den letzten zehn Jahren im Kanton Thurgau 14'974 Knaben und 13'965 Mädchen, total also 28'939 Kinder zur Welt. In den nächsten zehn Jahren kann es in der Volksschule also keinen Ausgleich zwischen Mädchen und Knaben geben. Die Knaben sind in der Überzahl. Die Männer sind in der Pflicht, sich in der Familie zu engagieren und für die genderspezifische oder je nach Stil eben genderneutrale Erziehung zu sorgen und für einmal nicht nur die Mutter in die Verantwortung zu nehmen. Jahrhundertlang war Bildung den Knaben vorbehalten. Mädchen wurden höchstens in musischen Fächern oder Hauswirtschaft geschult. Nun, da die Mädchen aufholen, geht ein Aufschrei durch die Erziehungslandschaft. Der Zugang zu Bildung ist insbesondere für Mädchen längst nicht überall eine Selbstverständlichkeit. Daran möchte ich erinnern. Drei Schulpräsidenten haben eine Interpellation mit dem Titel: "Knaben an der Volksschule Thurgau im Abseits?" eingereicht. Und der Staat soll alles regeln? Geht das? Gemäss der Beantwortung des Regierungsrates hätten es die Interpellanten doch in der Hand, sich in ihren Schulgemeinden dafür zu engagieren, dass die Klassengrössen klein bleiben, um eine Förderung aller Kinder zu erhöhen, sodass in den Klassen gendergerechte Lehrmittel eingesetzt werden, damit die Lehrerschaft sich einer gendergerechten Sprache und Unterrichtsmethode bedient und Knaben und Mädchen Kind sein dürfen und im Spiel das Mädchen der Chef ist und der Knabe als Papi zu den Kindern schaut. Wir sollten die Freude sowohl am Löten, Nageln und Sägen als auch Kochen, Nähen und Stricken allen Kindern beibringen. Das bereitet sie aufs Leben vor. Die Frage ist doch: Reicht das, um Knaben speziell zu fördern? Oder

müssen wir unser Schulsystem wieder einmal gründlich überdenken und uns fragen, wann unsere Kinder reif genug sind für die Schule? Wenn ich sehe, wie klein die Kinder bei der Einschulung sind, frage ich mich schon, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Braucht es eine gezielte Förderung der Knaben oder müssen wir nicht allen Kindern die gleiche Chance bieten? Und das heisst dann auch, dass Kinder Kinder sein dürfen. Wenn ich den Druck sehe, dem Schülerinnen und Schüler ausgesetzt sind, habe ich da manchmal meine Zweifel. Dem Umgang mit Druck sind Kinder nur gewachsen, wenn ihre Stärken gefördert werden. Hier sollten wir ansetzen. Eine persönliche Bemerkung: Ich bin Mutter von zwei Knaben. Der eine ist ein stiller Denker und Schaffer, war in der Volksschule ein Überflieger und meist unterfordert und gelangweilt. Jetzt an der Kantonsschule findet er endlich seine Herausforderung. Der andere ist ein Lausbub mit vielen Flausen im Kopf, mit einem ausgeprägten Lernhandicap, der immer kämpfen und viel Fleissarbeit verrichten muss, um mit seiner Legasthenie in sprachlichen Fächern mitzuhalten. Beide hatten Lehrerinnen und Lehrer. Beiden war und ist das Geschlecht der Person am Whiteboard egal. Hauptsache, sie ist nett und ihr Unterricht spannend. Gefördert wurde übrigens immer nur der Jüngere mit seinen Defiziten. Wir sollten den Kindern das nötige Gewicht und etwas mehr Mitbestimmung in der Schule geben. Dann werden die Kinder von selbst zu dem, was wir für alle Kinder hoffen: eigenständige und lebensfrohe Erwachsene, die weitere Generationen von Mädchen und Knaben in die Zukunft begleiten.

Kern, FDP: Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die ausführliche und sehr gute Beantwortung der Interpellation. Eigentlich wurde in der Beantwortung und in den vielen spannenden und unterhaltsamen Voten bereits alles gesagt. Deshalb werde ich mich kurz fassen. Jeder von uns macht eine individuelle Entwicklung durch, und es ist völlig normal, dass es dabei Unterschiede zwischen Knaben und Mädchen gibt, vor allem im kognitiven Bereich. Der Regierungsrat verweist in der Beantwortung auf Studien, die zeigen, dass Mädchen meist lieber lesen und Knaben oft stärkere Kompetenzen in Mathematik vorweisen. Ich möchte betonen: ich sage nicht alle und immer. Jedes Lebewesen ist ein Individuum, beeinflusst von unzähligen Faktoren. Wir können die Kinder weder hormonell noch erzieherisch gleichstellen. Ich bin davon überzeugt, dass das Geschlecht der Lehrpersonen keinen Einfluss auf die Leistungen der Knaben beziehungsweise Mädchen hat, die innere Einstellung und vor allem die Freude am Beruf der Lehrperson hingegen schon. Der Bewegungsdrang der Knaben im Volksschulalter scheint stärker zu sein. Die meisten Mädchen weisen mehr Lernmotivation auf. Und ich sage wieder: nicht alle und nicht immer. Die Volksschule ist eine grosse Herausforderung. Jedes kleine Persönchen muss nach seinen Veranlagungen und Fähigkeiten abgeholt werden. Egal, ob Knabe oder Mädchen. Und das können wir nicht staatlich regulieren. Deshalb ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass die Situation weiterhin gesamtheitlich zu betrachten ist, wie es auch in der Beantwortung zum Ausdruck kommt. Wir unterstützen die Beantwortung, werden die Entwicklung aber weiter im Auge behalten. Die Kantonsrätinnen Cornelia Hasler und Martina

Pfiffner haben mit Dr. med. Sandra Dübendorfer bereits eine Videokonferenz vereinbart, um vertieft auf den Brief zu diesem Thema, den sicher die meisten Mitglieder des Grossen Rates erhalten haben, sowie die Sicht der Thurgauer Kinderärztinnen und -ärzte einzugehen. Wir bleiben dran.

Nägeli, SVP: Die Interpellanten thematisieren einen Zustand, der beileibe nicht neu ist. Das kann ich als langjähriger Akteur in dieser Branche nur bestätigen. Zur Frage, welche Faktoren für das Ungleichgewicht entscheidend sind: Im Abschnitt 1. Zuteilungsverfahren der Beantwortung des Regierungsrates werden die entsprechenden Gesetze und Verordnungen genannt. Offenbar erfolgt die Zuteilung anhand sachlicher und gesetzlich festgelegter Kriterien. Im Abschnitt 2. Kognitive Eigenschaften heisst es: "Studien weisen darauf hin, dass Mädchen bessere Leseleistungen als Knaben erbringen, während diese stärkere Mathematikkompetenzen vorweisen." Diese Aussage ist nicht neu. Es handelt sich hier um eine langjährig bekannte Tatsache. Im Abschnitt 3. Verhaltensweisen wird mit einer hilflosen Aufzählung argumentiert: "Mädchen hätten demnach ...", "Allerdings bleibt unklar ...", "Ein Erklärungsversuch wäre ...", "Dies könne zu negativen ...", "Eine weitere Theorie verweist auf ...". Die umfassende Beantwortung im Abschnitt 4. Erziehungswesen sagt eigentlich nur aus, dass sich hier die Schule grösstenteils aus der Verantwortung nimmt. Im Abschnitt 5. Folgerung anerkennt der Regierungsrat grundsätzlich das Anliegen, die geschlechtsspezifischen Bedürfnisse von Knaben noch gezielter in pädagogische Konzepte einfließen zu lassen. Zur Frage, welche Massnahmen das Amt für Volksschule in die Wege zu leiten gedenkt: Hier werden bereits getroffene Massnahmen aufgeführt. Die künftigen Massnahmen werden nur sehr vage formuliert. Der Regierungsrat schreibt, und dieser Punkt scheint mir wichtig: "Zudem sind die bisherigen Anstrengungen weiterzuführen, den Männeranteil im pädagogischen Bereich, insbesondere im Lehrberuf, zu erhöhen." Hier frage ich mich, welches denn die bisherigen Anstrengungen sind. Dass diese Problematik zum Teil fatale Auswirkungen hat, zeigen die Fallbeispiele, die uns ein kürzlich zugestelltes Schreiben aufzeigt. Thurgauer Kinderärztinnen machen sich in diesem Schreiben Sorgen um die schulische Zukunft unserer jungen Männer. Begrüssenswert wäre nun, dass der Regierungsrat handfeste Massnahmen ergreift, um dieser fatalen Entwicklung wirksam entgegen zu wirken.

Marolf, CVP/EVP: Ich spreche im Namen der CVP/EVP-Fraktion und danke dem Regierungsrat für die umfassende Beantwortung. In vielen Bereichen teile ich seine Sichtweise. Ich unterrichte seit zehn Jahren ausschliesslich dritte Klassen der Sekundarschule. Das heisst, die Leute, die bereits an die Kantonsschule gewechselt und die Schule locker durchlaufen haben, sind nicht mehr dabei. Romanshorn hat eine spezielle Klientel. Wir hatten schon Klassen mit einem Schweizer und 19 anderen Nationen. Ich unterrichte auch Leute, die schlechte Erfahrung mit der Schule gemacht haben. Als Vater von vier Jungs, die alle Berufslehren und weiterführende Ausbildungen abgeschlossen haben, weiss ich

ziemlich genau, worum es hier geht. Die drei Fragen der Interpellanten nach den Ursachen, den Massnahmen und der Dringlichkeit dieser Massnahmen werden unterschiedlich beantwortet. Für die Beantwortung der Frage nach der Einteilung in Typ E und G werden kognitive Verhaltensmuster, das Verhalten generell und das Erziehungswesen herangezogen. Im kognitiven Bereich orientiert sich die Thurgauer Schule am einzelnen Individuum und fördert nicht nach Geschlecht. Ob die aktuell praktizierte Heilpädagogik die richtige Form der Förderung darstellt oder ob es eine andere braucht, würde ich gerne diskutieren. Zum Abschnitt der Verhaltensweisen in der Beantwortung des Regierungsrates ist anzumerken, dass Mädchen über eine höhere Anstrengungs- und Hemmungskontrolle verfügen, sich also besser konzentrieren können. Bezüglich der negativen Selbstkonzepte bereiten mir die Mädchen mehr Sorgen als die Jungs. Die Jungs leiden unter machohaften Männlichkeitsidealen und den Mädchen werden abstruse Schönheitsideale vermittelt. Die Mädchen müssen sich auf "Tiktok" beispielsweise zwar nicht gerade entblößen, aber zumindest sehr offenherzig zeigen. Die Auswirkungen davon bereiten mir mittelfristig mehr Sorgen. Die Schule kann die Hauptverantwortung für das Verhalten der jungen Menschen nicht übernehmen. Vieles geschieht bereits früher. An einem Elternabend habe ich einmal gesagt, dass die Säuglinge besser schauen sollten, welche Eltern sie sich im Spital aussuchen. Nicht zu vernachlässigen sind auch die biologischen Faktoren. Die Kinder entwickeln sich unterschiedlich. In meiner Klasse habe ich vier Jahrgänge, das ist normal. Zum Abschnitt Erziehungswesen: Gemäss den Aussagen des Regierungsrates spielt es keine Rolle, ob die Lehrperson männlich oder weiblich ist. Das kann ich durchaus nachvollziehen, auch wenn die beiden Geschlechter sich natürlich verschieden verhalten. Mir gefällt, dass 2016 erkannt wurde, dass die Sprachlastigkeit für die Jungs nicht günstig ist und für die Zuteilung in Typ E und G heute die Fächer Mathematik, NMG (Natur Mensch Gesellschaft) und Deutsch entscheidend sind. Der Regierungsrat kommt zum Schluss, dass die Leistungsunterschiede verschiedene Ursachen haben können. Es lässt sich daher nicht erklären, woher genau die Unterschiede kommen. Nach der Schullaufbahn, das sehe ich bei meinen Jungs, verändert sich das Bild. Die Knaben oder jungen Männer haben keinen Nachteil mehr. Meines Erachtens sind dafür die Persönlichkeitsmerkmale und Verhaltensweisen verantwortlich. Der Regierungsrat sieht keinen dringlichen Handlungsbedarf, denn es werde bereits auf verschiedenen Ebenen gefördert und die jungen Männer hätten später keine Nachteile. Er möchte die bisherigen Massnahmen weiterführen und situativ reagieren. Ich bin sehr froh, dass ich seit zehn Jahren ausschliesslich Drittklässler unterrichten darf. Sie können schon alles, sie sind motiviert und sie gehen auf die Berufswahl zu. Mit dem System an der Sekundarschule Romanshorn-Salmsach konnten wir die Anzahl der Leute, die ein Brückenangebot besuchen, um zwei Drittel reduzieren. Bei uns werden die Leute im Projektunterricht unterrichtet. Offenbar kommt das den Jungs sehr entgegen. Sie müssen Verantwortung übernehmen, sie zeigen Team- und Konfliktfähigkeit, sie müssen Frustration erleben und sie müssen sich auch einmal durchsetzen, anstatt sich immer nur mit Schulwissen zu bewähren. Diese Beziehungsarbeit ist für mich zentral und spielt

eine entscheidende Rolle. Meines Erachtens stellt sich nicht die Frage nach der Ungleichbehandlung, sondern ob Beziehungsarbeit überhaupt möglich ist und den Lehrpersonen genügend Zeit dazu bleibt. Wäre ich Primarlehrer mit Deutsch als Zweitsprache, musikalischer Grundbildung, schulischer Heilpädagogik, Psychomotorik und meiner Jobsharing Partnerin, würde ich meine Schülerinnen und Schüler nicht kennen. Daher bin ich sehr froh, dass wir unsere Schule selber gestalten konnten. Die kantonalen Richtlinien sind natürlich erfüllt. Aber die Beziehungsarbeit steht im Zentrum der Arbeit mit den Jugendlichen, mit Mädchen und mit Knaben.

Weilenmann, GP: Die Interpellanten schauen mit Sorge auf ein ungleiches Verhältnis von Knaben und Mädchen bei der Einstufung in die Typen der Sekundarschule und der Zuweisung in die Sonderschule. Die sorgfältig recherchierte Beantwortung des Regierungsrates geht ausführlich auf die Thematik ein. Es braucht keinen Graben zwischen den Geschlechtern. Selbstverständlich sind Kinder mit guter Konzentrationsfähigkeit oder der solche, die eine Kompetenz im selbstständigen Erarbeiten von Wissen mitbringen, schulisch im Vorteil. Leider muss man auch sagen, dass weniger angepasste Kinder oder solche, die zu Hause nicht zusätzlich gefördert werden, klar benachteiligt sind. Wenn man sich für schwächere oder schulisch benachteiligte Kinder einsetzen möchte, dann ist viel eher eine Diskussion darüber angebracht, was Kinder, die sich schwer in den schulischen Alltag integrieren, brauchen. Individuelles Fördern und integrative Massnahmen sind wichtig für eine bessere Chancengleichheit an der Thurgauer Volksschule. Dazu braucht es mehr Unterstützung der Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer in den Klassen, mehr Fachkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Schulen.

Ricklin, SVP: Ich finde es toll, dass Knaben eine Lobby haben und sich Menschen dafür einsetzen, dass sie die gleichen Chancen erhalten wie Mädchen. Ich finde es auch toll, wenn die Mädchen eine Lobby haben und die gleichen Chancen wie Knaben erhalten. Wir müssen bei solchen Diskussionen vorsichtig sein, dass wir nicht wie an einem Schulsporttag je an einem Ende eines Seiles stehen und kräftig daran ziehen: einmal mehr auf die Knabenseite und dann wieder auf die Mädchenseite. Wie es bei einem Seilziehwettkampf üblich ist, gibt es entweder Gewinner und Verlierer oder ein ständiges Hin und Her ohne Ende. Sieger ist die Seite mit mehr Kraft und Einsatz. Als Verantwortliche der Kinder kann das unmöglich das Ziel sein. Wir müssen den Fokus der Diskussion und der Lösungsfindung viel deutlicher auf die Vielfalt der Kinder und nicht auf polare Gegensätze legen: auf der einen Seite die Knaben und auf der anderen Seite die Mädchen. Was Knaben und Mädchen, also die Kinder, brauchen, ist die Akzeptanz ihrer Unterschiedlichkeit und ihrer Individualität. Diese Unterschiedlichkeit und Individualität wird in den Schulen und überhaupt in der Gesellschaft im Moment grossgeschrieben. Doch wenn das individuell beschulte und erzogene Kind einen anderen Weg einschlägt, als die obere Hälfte der "Gauss'schen Normalverteilung", hört der Stolz der meisten Eltern auf. Denn anstatt den

Weg der Individualität weiter zu verfolgen, machen sich Ängste breit und der Leistungsdruck auf das Kind wird erhöht. Die Sekundarschule Typ G, die Sonderschule oder Kleinklassen haben leider einen schlechten Ruf. Zwar nicht, weil sie schlechte Arbeit leisten, sondern weil die Schülerinnen und Schüler einer solchen Schule eher einmal als dumm und schwierig gelten, weil sie auf ihrem Lebensweg mehr Hilfe brauchen und enger begleitet werden müssen. Was solche Schulen aber leisten, ist grandios und die Gesellschaft braucht sie, um allen Kindern gerecht zu werden. Denn es gibt diese Kinder, die einer Lehrperson mehr abverlangen als nur einen Zwanzigstel ihrer Aufmerksamkeit. Die Kinder brauchen mehr Beziehung, mehr Zuwendung, mehr Halt, mehr Auseinandersetzung, mehr exekutive Handlungsübungsfelder, mehr Zeit für sich, mehr kreative Lösungen, einfach mehr von allem. Der Fehler liegt nicht darin, dass mehr Knaben als Mädchen solche Schulen besuchen, sondern dass die Namen "Sekundarschule mit Grundanforderungen" oder "Sonderschule" in der Regel reflexartig Mitleid erzeugen oder den weiteren Lebensweg bereits zementieren. Es ist keine Strafe, eine solche Schule zu besuchen, sondern eine Chance für die Kinder, vor dem Erwachsenenleben Fuss zu fassen und eine fundierte Ausbildung zu erhalten. Man kann den Schulen, so wie es gerade das Sonderschulheim Mauren macht, einen neuen Namen geben. Was sich aber wirklich ändern muss, ist die Haltung gegenüber den Kindern, welche diesen oder einen anderen Weg gehen oder sogar gehen müssen. Dabei appelliere ich auf drei Dinge: 1. Unsere Aufgabe ist es, die Durchlässigkeit der Schulen und die Weiterbildungsmöglichkeiten breit und vielseitig zu halten, damit Ehrenrunden, schwierige Jahre, eine Entwicklungsverzögerung oder ein verminderter Intellekt sich nicht lebenslang negativ auf die Schülerinnen und Schüler auswirken. Eine fixe Klasseneinteilung in E und G ist abzuschaffen und in allen Leistungsfächern (Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch) soll es möglich sein, entsprechend dem eigenen Niveau (grundlegende Anforderungen, mittlere Anforderungen, erweiterte Anforderung) unterrichtet zu werden. Natürlich mit der Möglichkeit, nach jedem Semester gemäss den eigenen Leistungen das Niveau zu wechseln. Das Modell, dass alle Kinder in der Sekundarschule auf zwei Typen aufgeteilt werden, ist definitiv überholt und gehört abgeschafft. 2. Kinder in der unteren Hälfte der "Gauss'schen Normalverteilung" inklusive der Schulen, welche diese Kinder unterrichten, brauchen eine positivere Lobby, und zwar nicht am Elternabend, sondern in der breiten Öffentlichkeit. Denn wenn wir ehrlich sind, sind wir besonders auf sie angewiesen, damit unsere Gesellschaft funktioniert. Und mit einer positiveren Lobby meine ich nicht nur ein Schulterklopfen, sondern die gewährte Möglichkeit, eine Lehre oder eine weiterführende Schule zu absolvieren und in einem Job einen anständigen Lohn beziehen zu können. 3. Weiter braucht es mehr Aufklärungsarbeit bei den Eltern und eine Sensibilisierung bei den Lehrpersonen. Das Knaben-Mädchen-Denken ist dermassen fest verankert, dass wir alle munter mitmachen, sogar dann, wenn wir das eigentlich gar nicht möchten. Beispielsweise wird immer wieder die Mär verbreitet, so auch in der Beantwortung des Regierungsrates, dass Jungen besser in Mathematik sind. Dabei konnte in Scans mit einem Magnetresonanztomografen aufgezeigt werden,

dass das Gehirn beim Lösen mathematischer Aufgaben bei Kindern ungeachtet ihres Geschlechts ähnlich funktioniert. Aber aus irgendeinem Grund gibt es immer wieder Eltern und Lehrpersonen, welche den Mädchen in der Mathematik weniger zutrauen und den Jungs mehr Aufmerksamkeit schenken, weil sie glauben, bei diesen eher auf "fruchtbaren Boden" zu treffen. Auch die Behauptung, dass Buben in der Schule zu wenig beachtet werden, ist nicht belegt. Im Gegenteil: Seit den 1970er Jahren kommen Interaktionsstudien zum Schluss, dass 60 Prozent der Interaktionen im Klassenzimmer zwischen Lehrpersonen und Knaben stattfinden. Sinkt dieser Anteil unter 60 Prozent, beschweren sich nicht nur die Buben, sondern auch die Mädchen, weil sie finden, dass die Knaben zu kurz kämen. Was sollten wir unbedingt aus dieser Diskussion in unseren Alltag mitnehmen? Unsere Vorurteile können winzige Unterschiede zwischen Knaben und Mädchen verschärfen. Wir, Politiker, Eltern, Grosseltern und ich als Lehrerin, müssen sicherstellen, dass nicht wir die Ursache für die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten sind, sondern dass wir alles tun, damit die Kinder, Knaben wie Mädchen, gemäss ihrem Potenzial gefördert und gefordert werden, egal in welcher Lebensphase sie sich gerade befinden. Der Regierungsrat ist mit in der Verantwortung, die Bedingungen zu gewährleisten, damit niemand aufgrund seines Geschlechts ins Hintertreffen gerät, nur weil dessen Verhalten spätestens bei Schuleintritt nicht mehr genehm ist.

Reinhart, GP: Der Regierungsrat hält es für denkbar, dass die unterschiedlichen Verhaltensweisen und Präferenzen von Knaben und Mädchen biologisch mitbedingt sind und hält fest, dass solchen Tatsachen nicht mit gesellschaftlichen Umerziehungsprogrammen begegnet werden kann. Diese Meinung teile ich vollumfänglich. Es soll in keiner Weise darum gehen, biologisch bedingte Unterschiede zu verändern. Diesen Unterschieden soll aber angemessen Rechnung getragen werden. Bewegungsfreudigen Knaben und Mädchen, die nicht lange ruhig sitzen können, sollen Lernmethoden angeboten werden, damit sie lernen können, ohne den Unterricht zu stören. Knaben wie Mädchen sollen ihrem Lerntyp und ihrer Art entsprechend mit allen Sinnen lernen dürfen, beispielsweise, indem sie etwas Neues nicht nur sehen und hören, sondern auch erleben, erfühlen und gestalten. Wenn nötig sollen sie durch die Integrative Förderung unterstützt werden. Den Schülerinnen und Schülern muss immer eine möglichst breite Palette an Lernmöglichkeiten und individuellen Lernschritten geboten werden. Es geht also nicht primär darum, die Schule mehr den Bedürfnissen der Knaben anzupassen, sondern den individuellen Bedürfnissen der einzelnen jungen Menschen, seien es Mädchen oder Knaben. Ziel muss es also sein, das Schulsystem so weiter zu entwickeln, dass es möglichst allen Lerntypen entspricht, sodass jeder einzelne junge Mensch seinen Platz darin finden und seine Fähigkeiten entdecken und weiterentwickeln kann. Das ist eine grosse Herausforderung an das Schulsystem, an die Lehrerinnen und Lehrer, an die Ausbildung der Lehrpersonen und an die Schulen selber. Alle Schülerinnen und Schüler sollen diese Voraussetzungen an allen

Schulen und bei allen Lehrpersonen antreffen. Daran muss weitergearbeitet und Lehrpersonen entsprechend aus- und fortgebildet werden. Das ist wichtig für die Gleichstellung der Geschlechter an den Schulen und vor allem für die Chancengerechtigkeit aller. Denn diese hat höchste Priorität. So schreibt es auch der Regierungsrat.

Wirth, SVP: Auch mein Dank für die Beantwortung der Interpellation bleibt auf Sparflamme. Hier hat sich jemand Mühe gegeben, nach Erklärungen zu suchen, weshalb nichts zu tun sei oder weshalb man es anderen überlassen sollte, etwas zu unternehmen. Als folgenschwer erachte ich die Tatsache, dass die Abteilung Schulentwicklung die Probleme und Herausforderungen in der Schule geflissentlich übersieht oder verdrängt und dazu einfach seitenweise wissenschaftliche Statements zitiert. Meines Erachtens ist man im Bereich der Schulentwicklung viel zu weit weg vom realen Schulalltag gerückt. Der Regierungsrat zeigt keine Lösungsansätze dafür auf, wie die Schulen in dieser Problematik unterstützt werden können. Es scheint, als würde die Interpellation nicht ernst genommen und sogar belächelt. Liegt das daran, dass sie von drei SVP-Exponenten stammt und amtsintern die Meinung vorherrscht, dass Bildung nicht zu den Kernthemen dieser Partei gehört? Kurz vor dem Schulstart am 5. August 2020 ist in der "Thurgauer Zeitung" ein Artikel mit der Überschrift erschienen: "Auffällig und unselbständig: In Thurgauer Kindergärten gibt es immer mehr Problemkinder - Kanton arbeitet an Massnahmen". Darin werden der Präsident des Verbands Thurgauer Schulgemeinden und der Chef des Amts für Volksschule zitiert. Es sei zu beobachten, dass es immer mehr Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten gebe. Gemeint sind Knaben. Dies belege ich im Nachgang gerne mit den entsprechenden Zahlen des Kantons. Eigentlich zitiere ich nicht gerne Passagen aus Beantwortungen, aber dieses Mal ist es notwendig, um die offensichtliche Ideenarmut des Regierungsrates aufzuzeigen. Der Spannungsbogen der mehrseitigen Beantwortung gipfelt in den beiden letzten und abschliessenden Sätzen auf Seite 5. Dort heisst es: "Im Bereich der Volksschule empfiehlt es sich, die Situation weiterhin gesamtheitlich zu betrachten und die bisherigen Massnahmen weiterzuführen. Weitere Schritte sind dann angezeigt, wenn sich die nachteilige Situation der Knaben verschärft und laufende Massnahmen ergebnislos bleiben." Ganz getreu nach den drei Beamtengrundsätzen: "Wir haben es schon immer so gemacht. Wir haben es noch nie anders gemacht. Warum sollen wir nun etwas ändern?" Fakt ist, dass seitens des Regierungsrates kein weiterer Handlungsbedarf ausgemacht wird, obwohl die Zahl der Abklärungen beim Schulpsychologischen Dienst seit Jahren im Geschäftsbericht des Kantons Thurgau publiziert wird. Die Zahlen sprechen Bände: Im Jahr 2019 wurden durch den Schulpsychologischen Dienst 1'125 Knaben und 604 Mädchen abgeklärt. Und ich glaube nicht, dass im Kanton Thurgau doppelt so viele Knaben geboren wurden. Dass fast doppelt so viele Knaben wegen Verhaltensauffälligkeiten abgeklärt wurden, war auch bereits in den Vorjahren so. 72 Prozent der Schülerinnen und Schüler in den Sonderschulen sind Knaben. Die Mehrheit von ihnen landen wegen Verhaltensauffälligkeiten dort. Die Zahl nimmt stetig zu. Das ist nicht nur im Kanton Thurgau

so. Ich empfehle dazu, den Artikel auf der Titelseite des "Tages-Anzeigers" vom 8. September 2020 mit dem Titel "Die Zahl der Sonderschüler steigt in Zürich markant an" zu lesen. Die in der Interpellation genannten Zahlen, die im Jahr 2015 vom Amt für Volksschule erhoben wurden, haben sich bis heute nicht geändert. Lehrpersonen, die Schulleitungen und die Schulbehörden suchen nach Lösungen, um den Unterricht in geordneten Bahnen, lehrreich und lernfreundlich durchführen zu können. Das Schreiben der Kinderärzte, mit denen die Interpellanten sich nicht abgesprochen oder sie gar dazu aufgefordert haben, die Mitglieder des Grossen Rates damit zu bedienen, zeigt, dass die von uns aufgeworfene Frage auch bei Fachleuten ein Thema ist. Ich verzichte auf eine Wiederholung der Antwort der Schulentwicklung. Die genannten Herausforderungen während der Schulzeit zu negieren und die eigene Antriebslosigkeit in Bezug auf dieses Thema damit zu begründen, dass Männer später sowieso besser verdienen, ist für mich höchst fraglich, gerade wenn es von Schulentwicklern herangezogen wird. Es geht in der Schule und im Unterricht in erster Linie nicht um zukünftige Löhne und um diesbezügliche Gesellschaftsfragen, sondern vielmehr darum, dass der Unterricht für Kinder und Lehrpersonen in einer lehrreichen, lernfreundlichen und motivierten Art und Weise stattfinden kann und von den dafür eingesetzten finanziellen Mitteln möglichst alle in gleichem Masse profitieren können. Stichwort: Chancengerechtigkeit. Was braucht es denn jetzt? Ich gehe davon aus, dass wir alle hier im Saal auch in Zukunft eine gute Schule mit motivierten Kindern wollen, die etwas lernen wollen und lernen können. Dazu benötigt es Kenntnisse über Pädagogik, Methodik und guten Unterricht. Es braucht Kenntnisse über die Entwicklung von Kindern und deren Motivation, vor allem aber Kenntnisse über die unterschiedliche Entwicklung von Mädchen und Knaben. Es braucht die Einsicht, dass etwas nicht mehr stimmt und den Willen, etwas dagegen zu unternehmen. Es braucht den Willen, sich dem Thema anzunehmen, und zwar nicht nur an der Basis. Dieser Wille muss auch bei den Schulentwicklern vorhanden sein, denn nur dann erhält das Thema den entsprechenden Stellenwert an allen Schulen und bei den Weiterbildungsinstitutionen wie der PHTG. Wissenschaftliche Studien der PHTG werden nur sekundär und begleitend benötigt. Es braucht Taten. Ich erwarte, dass der Kanton diesbezüglich die Führung übernimmt und die Schulen unterstützt. Die Mittel sind vorhanden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Schulentwicklung werden dafür entschädigt. Ich hoffe, dass wir mit dieser Debatte mindestens eine Sensibilisierung erreichen. Ich bin davon überzeugt, dass wir grosse Schritte vorwärts machen können, wenn wir uns Gedanken dazu machen, wie im Unterricht auf die verschiedenen Bedürfnisse eingegangen und reagiert werden kann. Auch die Schulgemeinden sind in der Verantwortung. Die Schule ist in der Vorbereitung der Legislaturziele 2021-2025. Wir werden uns diesem Thema annehmen, denn wir möchten, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer auch in Zukunft auf gute, förderliche Weise unterrichten können und die viel gepriesene Chancengerechtigkeit für Knaben und Mädchen gewährleistet wird. Trotzdem ist es wichtig, dass der Kanton, der als einziges Gremium über eine Schulentwicklungsabteilung verfügt und direkten Zugang zur kantonalen Ausbildungsstätte der

PHTG hat, hier die Führung übernimmt. Das Rad der Schule muss nicht neu erfunden werden, aber es soll auch zukünftig rund laufen.

Haller, CVP/EVP: Ich frage mich, was die Primar- und Sekundarschüler zu diesen Voten sagen würden. Ich gehe davon aus, dass sie den Kopf schütteln würden. Wir sollten sie fragen, wie sie gerne lernen möchten und ihnen nicht sagen, wie sie zu lernen haben, und zwar egal, ob Knaben oder Mädchen. Die Kinderärztinnen haben mich aufgerüttelt und daran erinnert, dass ich in meiner Tätigkeit als Therapeut ebenfalls mit Eltern von Kindern, die in der Schule Schwierigkeiten hatten, konfrontiert wurde. Meistens handelte es sich dabei um Knaben, beispielsweise mit ADHS, der Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung. Meine erste Frage an die Eltern war jeweils, was diese Knaben gerne machen und wie lange sie bei dieser Tätigkeit bleiben. Die Antwort war jeweils: eine halbe Stunde, drei viertel Stunden, eine Stunde. Soviel zum Thema Konzentration. Aufgrund meiner Erfahrung gehe ich davon aus, dass das von den Kinderärztinnen Geschilderte nur die Spitze des Eisberges ist. Darunter verstecken sich noch ganz viele Kinder, Knaben und manchmal auch Mädchen, die mit dem Schulsystem Schwierigkeiten haben und darum mit Psychopharmaka und anderen Mitteln wie Schlafmittel oder Aufputzmittel abgefüllt werden. Das ist kein Witz, sondern passiert nicht selten. Das sind Fakten. Ein Fakt ist auch, dass manche Kinder auf Primar- und Sekundarstufe Suizidgedanken haben, weil sie den Eindruck haben, in dieser Gesellschaft nicht zu genügen, ihre Fähigkeiten nicht gefragt sind, sie in die Therapie müssen und nicht normal sind. Das habe ich von Eltern und Jugendlichen so gehört. Hier wird stigmatisiert. Auch wenn wir behaupten, dass wir das vermeiden wollen, geschieht es trotzdem. Ich schlage vor, dass sich eine Delegation mit diesen Kinderärzten, anderen Betroffenen, Eltern und Jugendlichen zusammensetzt, um zu klären, welche Massnahmen nötig sind.

Schrepfer, SVP: Als einer der drei Interpellanten habe ich die Beantwortung des Regierungsrates hoffnungsvoll erwartet. Beim ehemaligen Chef des Amtes für Volksschule hatte ich diese Problematik bereits vor Jahren mehrmals deponiert, wurde aber leider nie ernst genommen. Meine Hoffnung, dass die Benachteiligung der Knaben nun endlich wahr- oder gar ernst genommen wird, wurde beim Lesen der Beantwortung ein weiteres Mal jäh zerstört. Ich erlaube mir, eine Passage zu zitieren: "Zudem nehmen Frauen nur in eingeschränktem Masse berufliche Spitzenpositionen ein, und ihre Saläre sind immer noch wesentlich tiefer als diejenigen von Männern." Was hat das in dieser Beantwortung verloren? Ich bin auch dafür, dass man für die Gleichstellung von Mann und Frau kämpft, aber das hat nichts mit der vorliegenden Frage und Problematik zu tun. Wir können über Modelle an einzelnen Schulen diskutieren, und wir haben gehört, wie toll die überall sind. Ich erzähle jetzt nichts von Wängi oder Sirnach. Aber das Problem ist grösser, es ist keine Modellfrage oder betrifft nur eine Schule. Wenn wir in einer Beantwortung über die Gleich-

stellung von Frau und Mann lesen würden: "Unterschiede treten in freiheitlichen Gesellschaften vielmehr 'natürlich' auf und sind bis zu einem gewissen Grade zu tolerieren." oder: "Die unterschiedlichen Verhaltensweisen sind biologisch mitbedingt.", würde sich Kantonsrätin Barbara Dätwyler Weber wohl freuen. Solche Antworten beziehen sich auf das Thema der Gleichstellung. Und zu guter Letzt steht in der Beantwortung: "Weitere Schritte sind dann angezeigt, wenn sich die nachteilige Situation der Knaben verschärft und laufende Massnahmen ergebnislos bleiben." Wenn die Zahlen nicht eindeutig sind, weiss ich nicht, worauf man noch warten will. In den 1980er Jahren stand die berechnete Forderung nach gleicher Ausbildung für Knaben und Mädchen im Zentrum. 1992 folgte die wegweisende "VERA-Studie" der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren. Diese zeigte auf, dass die Mädchen im Unterricht zu kurz kommen. In der Folge versuchte man, die Defizite zu Gunsten der Mädchen auszugleichen, was auch Früchte getragen hat. Wir haben nun die umgekehrte Situation, dass die Knaben offensichtlich benachteiligt sind. Ich verzichte darauf, die verschiedenen Zahlen nochmals zu nennen, die deutlich aufzeigen, dass Handlungsbedarf besteht. Es braucht keinen Forschungsauftrag, um dies zu belegen, sondern es sollen sofort Handlungsfelder definiert und Massnahmen eingeleitet werden, die zumindest mittelfristig eine Angleichung der Sonderschule, der Sekundarschule Typ E und G und der Kantonsschule ermöglichen. Ich erwarte, dass das Departement für Erziehung und Kultur (DEK) wie schon bei der Lehrpläneinführung oder dem Projekt "MIA21" die Führung übernimmt und die Wirkung der eingeleiteten Massnahmen überprüft. Ich betone nochmals, dass man ein Unrecht nicht mit einem anderen Unrecht rechtfertigen kann. Ich habe die Hoffnung, dass jetzt endlich gehandelt wird.

Regierungsrätin **Knill**: Ich bedanke mich für die sehr heterogene, vielfältige und differenzierte Diskussion. Ich bin beeindruckt von den Vertiefungen, welche die Votantinnen und Votanten offen gelegt haben, und wie sie sich mit dieser Thematik befasst haben. Welche entscheidenden Faktoren sind für das Ungleichgewicht zwischen Knaben und Mädchen tatsächlich verantwortlich? Welche Massnahmen für ein ausgeglichenes Verhältnis werden erwartet? Es gibt nicht die eine Erklärung und es gibt nicht einfach die Massnahmen. Ich widerspreche jenen Votanten, die dem Regierungsrat oder dem DEK vorwerfen, die Kritik werde nicht ernst genommen. In der Beantwortung steht sogar explizit, dass die Kritik ernst genommen wird. Wenn die Ausgangslage eindeutig wäre, dass es so einfach ist, konkrete Massnahmen auf den Tisch zu legen, wäre dies sicher bereits geschehen. Diese Problematik kann nicht über eine Ursache und eine Wirkung gelöst werden, sondern sie muss systematisch angegangen werden. Es ist zwischen Wahrnehmung und Eindrücken und den tatsächlichen Feststellungen zu unterscheiden, also auch der empirischen Forschung. So besagt die Forschung beispielsweise -hier zitiere ich Margrit Stamm, die sich intensiv mit dem Thema der Knaben auseinandergesetzt hat - dass sich das Geschlecht

alleine nicht auf die Leistung der Knaben und Mädchen auswirke. Daher skizziert der Regierungsrat in der Beantwortung mögliche Einflussfaktoren, die jetzt teilweise kritisiert wurden. Als Einflussfaktoren werden die Zuteilungskriterien, die kognitiven Eigenschaften, die Verhaltensweisen und das Erziehungswesen aufgeführt. Der Regierungsrat kommt zum Schluss, dass, was die Schule betrifft, vielmehr die Unterrichtsmethoden und die Didaktik entscheidend sind. Die konkrete Unterrichtssituation und damit die Haltung vor Ort spielt eine weit grössere Rolle als institutionelle oder gar politische Vorgaben. Mit dieser Aussage unterstreiche ich, dass insbesondere im direkten Einflussbereich nicht nur der Schule, sondern auch der vorschulischen Förderung auf verschiedenen Ebenen ein Commitment erforderlich ist, und dass man das Themenfeld der Heterogenität und damit die speziellen Bedürfnisse der Knaben als eine neue Art der Verbundaufgabe deklariert und gemeinsam angehen möchte. Nebst der Schule spielen auch das Elternhaus und Familie ergänzende Institutionen eine Rolle. Wenn Massnahmen gefordert werden, weckt das natürlich Hoffnung auf eine schnelle Ursachenbehebung. Wie erwähnt kann dieses Problem aber nur im Verbund angegangen werden. Der Kanton war nicht untätig, wenn es darum ging, spezielle Gefässe auch für Knaben zu schaffen. Initiativen zur Förderung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) sowie Begabungs- und Begabtenförderung sind unter anderem Gefässe, welche den Knaben speziell zugutekommen. Es braucht nicht unbedingt eine geschlechtsneutrale Pädagogik, wie es vielleicht in der Beantwortung geschrieben steht, sondern vielmehr präzisiert eine geschlechtssensible. Für Eltern und Lehrpersonen heisst das, auf die Bedürfnisse eines jeden Mädchens und eines jeden Knaben einzugehen. Diese Bedürfnisse sind so individuell, wie die Kinder selber. Die Verordnung des Regierungsrates über die Volksschule legt in § 12 fest, dass die Schulgemeinden für die pädagogischen Grundsätze verantwortlich sind. Dazu gehören als Massnahmen, beispielsweise auch die Spiel- und Lernsettings. Die Schulgemeinden sind in der Lage, ihre Umgangsformen an der Schule zu überprüfen und festzulegen. Hier machen sich dann möglicherweise feminine Umgangsformen bemerkbar. Nebst der Familie müssen auch die Kindertagesstätten und Kindergärten als wichtige Institutionen betrachtet werden, die den Kindern Schlüsselsituationen für die Entwicklung der Geschlechtsidentität bieten. Selbstverständlich möchte auch der Regierungsrat im Unterricht ansetzen. Der Einfluss der Schule wird aber überschätzt. Angesichts der enormen Wirkung der Geschlechterstereotypen in Familien und Medien beschränkt sich der Einfluss der Schule. Den Lehrpersonen kommt eine besondere Rolle zu. Die didaktischen Unterrichtsformen mit Elementen, welche den Knaben zugutekommen, sind durch die Schulgemeinden direkt beeinflussbar. Das Amt für Volksschule unterstützt die Schulen im Rahmen lokaler Schulentwicklungsprojekte und wird auch in diesem Feld aktiv sein. Die Schulaufsicht wird die Thematik anlässlich der Standortgespräche mit den Schulgemeinden aufgreifen und sich aufzeigen lassen, wie die Schulgemeinden dieses Problemfeld vor Ort aktiv angehen, ob sie zum Beispiel Freifachangebote gezielter auf die Bedürfnisse von

Knaben ausrichten und wie sie sich diesem Thema im Bereich der Didaktik und Unterrichtsmethoden angenommen haben oder künftig annehmen werden. Wie in der Beantwortung ausgeführt, begrüsst der Regierungsrat Forschungsaktivitäten und eine entsprechende Prioritätensetzung an der PHTG. Die Bilder, wie ein Knabe oder ein Mädchen zu sein hat, sind in den Köpfen der Erwachsenen, der Eltern und der Gesellschaft seit Generationen stark ausgeprägt. Schon kurz nach der Geburt werden die Mädchen in rosa und die Knaben in blau gewickelt. Obwohl viele junge Eltern ihre Kinder möglichst neutral erziehen wollen, gelingt das nur bedingt. Die rollentypischen Bilder sind kaum aus den Köpfen der Eltern und der ganzen Gesellschaft zu bringen. Es ist anspruchsvoll, den Klischees, dass die Buben frech und schwierig und die Mädchen ruhig und fürsorglich sind, wirkungsvoll Gegensteuer zu geben. Daher ist es eine gesellschaftliche Aufgabe, die Eltern, die dies versuchen und nicht locker lassen, in jedem Fall zu unterstützen. Wir werden das Themenfeld sehr wohl auch im DEK und im Amt für Volksschule weiter verfolgen. Auf die Fragen nach den entscheidenden Faktoren und den gezielten Massnahmen gibt es keine einfachen Antworten, denn die Schule an sich setzt relativ spät an, und sehr vieles wird bereits in den ersten Lebensjahren geprägt. Daher wünsche ich mir, dass dieses Thema als Verbundaufgabe von verschiedenen Akteuren angegangen wird. Zu diesen Akteuren gehört sicher auch die Medizin. Es wurde geäussert, dass ein Schreiben von Kinderärztinnen vorliegt. Mir ist dieses Schreiben nicht bekannt. Meines Erachtens ist es aber zielführend, diese Thematik mit verschiedenen Akteuren anzuschauen.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.

Präsident: Wir haben die heutige Tagesordnung nur zum Teil abtragen können. Die nächste Ratssitzung vom 28. September 2020, die ursprüngliche Wegsitzung, fällt mangels behandlungsreifer Geschäfte aus. Die nächste Ratssitzung findet am 21. Oktober 2020 als Halbtagesitzung in der Rüegerholzhalle in Frauenfeld statt.

Es sind noch folgende Neueingänge mitzuteilen:

- Motion von Jacob Auer und Marina Bruggmann mit 34 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 9. September 2020 "Bekämpfung von Missbräuchen von Praktika".
- Interpellation von Edith Wohlfender, Peter Dransfeld, Elisabeth Rickenbach, Ueli Fisch und Peter Bühler mit 45 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 9. September 2020 "Thurmed: Eine Milliarde im Nebel".
- Interpellation von Jürg Wiesli und Iwan Wüst mit 30 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 9. September 2020 "Covid-19 im Vergleich zu früheren Grippewellen".
- Einfache Anfrage von Ueli Fisch vom 9. September 2020 "Unternimmt der Kanton genug, um Patienten vor falschen Heilmitteln zu schützen?".

Dieses Jahr dauert der Sommer für den Grossen Rat länger: Wir bleiben bis Ende 2020 in der Rüegerholzhalle in Frauenfeld. Das Büro hat zusammen mit den Parlamentsdiensten und unter Berücksichtigung der aktuellen Vorgaben die Thematik bezüglich Tagungsort fundiert evaluiert und analysiert. Wir prüften, ob eine Rückkehr in das Rathaus Weinfelden mit einer Indoor-Maskenpflicht möglich wäre. Zur Beurteilung dieser Option holten wir bei der Kantonsärztin eine Stellungnahme ein. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch beim Weinfelder Stadtpräsidenten, Kantonsrat Max Vögeli, für die kooperative und lösungsorientierte Zusammenarbeit und auch beim Amriswiler Stadtpräsidenten, Kantonsrat Gabriel Macedo, für das Angebot mit dem Pentorama als Tagungsort.

Auf Basis der Ergebnisse der Abklärungen ist das Büro einstimmig zum Schluss gekommen, die Sitzungen weiterhin bis Ende 2020 in der Rüegerholzhalle in Frauenfeld durchzuführen. Wir haben die Infrastruktur hier kennen und schätzen gelernt. Die Abläufe sind eingespielt und die Fraktionen haben geeignete Tagungsmöglichkeiten für ihre Sitzungen vor der Ratssitzung gefunden. Damit sind die externen Voraussetzungen für einen effizienten Ratsbetrieb bestens gegeben.

Es freut mich, dass sich die Fraktionen für ihre Fraktionsausflüge in den Oberthurgau verschieben werden. Der Oberthurgau wird sich mit dem Kaiserwetter von seiner besten Seite zeigen und die Ratsmitglieder herzlich willkommen heissen. Ich freue mich, Sie alle an der offiziellen Feier zur Wahl von Regierungsrat Urs Martin und zu meiner Wahl als Grossratspräsident in Romanshorn begrüssen zu dürfen.

Wie Sie wissen, musste von einer Durchführung des öffentlichen Teils abgesehen werden. Die zu erwartende Festgemeinde am See hätte es vor allem bei solch schönem Wetter

verunmöglicht, die Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit einzuhalten. Es ist sowohl der Stadt Romanshorn, Regierungsrat Urs Martin als auch mir ein Anliegen, dass die Romanshorer Bevölkerung an einem anderweitigen Anlass in irgendeiner Form überrascht werden soll und daran teilhaben kann.

Ende der Sitzung: 11.30 Uhr

Der Präsident des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariates